



## **Nordkorea – Vorbild für Russlands Nationalisten?**

**Prof. Dr. Eberhard Schneider**

**Juli 2014**

### **Zusammenfassung**

---

Alexander Prochanow, Vorsitzender des nationalistischen Isborsker Klubs, dem auch der Wirtschaftsberater Putins angehört, berichtete im russischen Nachrichtensender „Rossija24“ über seine kürzliche Reise nach Nordkorea, wo er sich „wie zu Hause“ gefühlt habe. Die „Russische Doktrin“ des Klubs will Russland in den Grenzen der UdSSR vom 1. Januar 1989 wiederherstellen. Russische Gesetze rangieren für die Klubmitglieder vor internationalen Gesetzen. Sie lehnen die Gewaltenteilung und das Prinzip der Menschenrechte ab. Zudem soll Russland eine „quasi-autarke Wirtschaft“ entwickeln.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## ANALYSE

Der russische Fernsehsender „Rossija24“ brachte am 18. Mai einen Bericht von Alexander Prochanow über seine Nordkorea-Reise.<sup>1</sup> Prochanow zeigte sich beeindruckt vom „Kult des Führers“ und von der „Religion des Sieges“. Über Nordkorea haben sich die Wolken der Lüge, der Verleumdung, des Unverständnisses zusammengezogen. Nordkorea demonstriert, dass es „zum Schlag bereit ist, zur Vernichtung.“

In einem Interview mit der Zeitung „Amurskaja prawda“ bekannte Prochanow am 8. Mai über Nordkorea, dass er sich „wie zuhause“ fühlte. „Ich kam dorthin, da wurde mir plötzlich klar, dass ich in die Heimat zurückgekehrt bin, dass ich in mein sozialistisches Land zurückgekehrt bin, und ich fühlte mich gut.“<sup>2</sup> Die koreanische Gesellschaft bezeichnete er als einen „so gewaltigen, funkelnden lebendigen Kristall“. Die Menschheit benötige Nordkorea in dem Sinne, in dem es jetzt existiere. Korea, diese „kristalline Reinheit und Schönheit“ – „ist wichtig“. Mit dem Zerfall der Sowjetunion seien die „nationalen Code vernichtet“ worden.

Alexander Prochanow ist der Vorsitzende des Isborsker Klubs, der im September 2012 in der Stadt Isborsk im Nordwesten Russlands im Gebiet Pskow anlässlich ihres 1.150-jährigen Bestehens von Politikern und Experten für russische Innen- und Außenpolitik gegründet wurde. An der Gründung nahmen Kulturminister Wladimir Medinskij und der Gouverneur des Gebiets Pskow, Andrej Turtschak, teil.<sup>3</sup> Der Klub ist dem Kreml nicht gleichgültig. Klubmitglieder stoßen bei den Regierenden in Moskau auf Aufmerksamkeit.

Ziel des Klubs ist die „patriotische Orientierung der staatlichen Politik in allen Sphären des nationalen Lebens“.<sup>4</sup> Der Klub vertritt einen „sozialen Konservatismus, eine Synthese verschiedener Ansichten russischer Staatsmänner (von Sozialisten und russischen Patrioten bis zu Monarchisten und russisch-orthodoxen Konservativen) zu einer einheitlichen Plattform“. Zum Isborsker Klub, der auch eine Monatszeitschrift herausgibt, gehört das „Institut für dynamischen Konservatismus“.

Dem Klub gehört auch der Ökonom Sergej Glasjew an. Von 1992 bis 1993 war er in der Regierung Jegor Gajdar Minister für Außenwirtschaft. Inzwischen hat sich Glasjew zum Nationalisten gewandelt und ist Putins Wirtschaftsberater und sein Vertreter im Nationalen Bankenrat. Glasjew koordiniert die Tätigkeit der föderalen Exekutivorgane, die für die Entwicklung der Eurasischen Integration im Rahmen der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums Russland, Belarus und Kasachstan zuständig sind. Gegen Glasjew waren infolge der Annexion der Krim durch Russland sowohl von den USA als auch von der Europäischen Union Einreise- und Kontensperrungen verhängt worden.

In seiner Analyse für den Isborsker Klub „Die Ukraine: Zwischen dem Westen und Russland“ empfiehlt Glasjew die „innenpolitische Säuberung der Elite“, die „Entwicklung einer stärkeren Plan-Marktwirtschaft und „maximal“ den Weg der „Annäherung an den Osten (zu) gehen, besonders an das kommunistische China“.<sup>5</sup>

Mitglied des Isborsker Klubs ist zudem der Chefideologe des Eurasismus Alexander Dugin, der Prochanow als seinen engen Freund bezeichnet. Dugin ist seit 2009 Inhaber des Lehrstuhls für die Soziologie der internationalen Beziehungen der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität. Dugin war von 1980 bis 1990 Mitglied

<sup>1</sup> <http://charter97.org/ru/news/2014/5/18/99010/>

<sup>2</sup> <http://www.ampravda.ru/2014/05/08/print048421.html>

<sup>3</sup> <http://www.gazeta.ru/column/kolesnikov/4764101.shtm>

<sup>4</sup> <http://www.dynacon.ru/>



eines kleinen Moskauer Okkultismuszirkels, der sich „Schwarzer Orden der SS“ nannte. In den 90er Jahren benutzte Dugin teilweise das Pseudonym „Alexander Schterberg“. Er äußerte sich affirmativ zu Sympathisanten, Angehörigen und Abteilungen der SS, z.B. zum Institut „Ahnenerbe“, zum italienischen Waffen-SS-Bewunderer Julius Evola, zum „Reichsführer“ Heinrich Himmler und zum „Obergruppenführer“ Reinhard Heydrich.<sup>5</sup>

Dugin hält Waldimir Putin für liberal in der Wirtschaft, aber nicht in den Werten.<sup>7</sup> Putin ist für ihn ein „gemäßigt rechtes Zentrum, aber seine Umgebung ein rechtes Zentrum“. Im Isborsker Klub sieht Dugin nicht Konservative im nur reaktiven Sinne: „Wir treten auf als frische, aktive, konservative Revolutionäre, Fundamentalisten, Nationalisten.“ Und sie kritisieren Putin von rechts. Dugin bezeichnet die Isborsker als eine „seriöse und langwährende Kraft“. Sie widerstehen den Liberalen in der Regierung, das sind ihre Feinde. „Wir werden nicht zuhören – am Ende schließlich.“

Der Isborsker Klub hat auch eine „Russische Doktrin“ ausgearbeitet, die den Entwicklungsweg Russlands vorzeichnen will.<sup>8</sup> In ihren „grundlegenden Rechtsprinzipien“ macht die Doktrin folgende Aussagen:

- Wiederherstellung Russlands in den Grenzen der UdSSR vom 1. Januar 1989.
- Die russischen Gesetze rangieren vor den internationalen Gesetzen (nach Verfassungsartikel 15, Abs. 2, hat internationales Recht Vorrang vor russischem Recht). Wenn bereits geschlossene internationale Verträge dem russischen Recht widersprechen, ist die Ratifizierung dieser Verträge ungültig.
- Es gibt nur eine staatliche Gewalt wie im Zarenreich und in der Sowjetunion. Die Gewaltenteilung ist für Russland schädlich, denn sie erschwert die Aufstellung des zentralen Budgets, stört die einheitliche geplante Entwicklung, begünstigt die Einführung verderblicher Verantwortungslosigkeit.
- Das „Prinzip der Oberherrschaft der Menschenrechte als wichtigstes Element des zivilisierten Standards ist abzulehnen“. Erstens greift es die Souveränität Russlands in dem Maße an, indem Russland internationalen Institutionen unterstellt ist, die in ihren Händen alle Hebel und Kriterien zur Anwendung dieser Doktrin haben. Zweitens, was die Doktrin für nicht weniger wichtig hält, sind die Menschenrechte nicht natürlich, denn in der Natur gibt es keine Rechte. Diese entstehen erst im Moment der Anerkennung durch die Gesellschaft. Daraus ergibt sich für die Nationalisten, dass die Menschenrechte kein universeller Wert sind. Sie sind die Folge „irgendwelcher vorübergehender religiöser und sozialer Identität“. Die Rechte eines konkreten Menschen bestehen nicht getrennt vom Rechtssystem irgendeines gesellschaftlichen Kontextes. Es gibt keinen Träger von Rechten unabhängig vom Staat. Das Prinzip der Menschenrechte hatte einen „schöpferischen Inhalt nur im Zusammenhang mit dem Zerfall der kolonialen Systeme des Westens im 20. Jahrhundert und der Gründung von neuen Rechtssubjekten anstelle der Kolonien“. Russland war nie Kolonie irgendeiner Macht, deshalb stellt das Prinzip der Menschenrechte für seine Bürger keinerlei Wert dar. Nach dieser Doktrin müssten die Nationalisten konsequenterweise eigentlich den Austritt Russlands aus dem Europarat fordern, denn durch seine Mitgliedschaft hat Moskau die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 und den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof von 1959 anerkannt. Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 fußt auf

<sup>5</sup> <http://www.dynacon.ru/content/articles/3069/>

<sup>6</sup> Umland, Andreas, Neue rechtsextreme Intellektuellenzirkel in Putins Russland: das Anti-Orange Komitee, der Isborsker-Klub und der Florian-Geyer Klub, in: Russland-Analysen der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen, Nr.256 vom 3. März 2013, S. 2-5.

<sup>7</sup> [http://russia.ru/video/diskurs\\_13541/](http://russia.ru/video/diskurs_13541/)

<sup>8</sup> <http://www.rusdoctrina.ru/page95507.html>

dem Naturrechtsgedanken. Denn der erste Satz ihrer Präambel spricht von der „Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen“, welche die „Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“ bilden.

In ihrem Wirtschaftsteil fordert die Doktrin die „notwendige Orientierung“ der russischen Ökonomie in Richtung der Schaffung einer „quasi-autarken Wirtschaft“. Das bedeute nicht – so die Doktrin weiter – eine Absage an die Außenwirtschaftsbeziehungen des Landes. Es sollen nur „bestimmte Begrenzungen“ vorgenommen werden und „besondere Akzente bei der Wahl der außenwirtschaftlichen Beziehungen gesetzt“ werden. Das ist sozusagen die prophylaktische Handlungsempfehlung der russischen Nationalisten an den Kreml, wie er sich im Falle der Verhängung von Wirtschaftsanktionen des Westens gegen Russland verhalten soll.

Es verwundert nicht, wenn die Doktrin die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung fordert, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll, welche die oben genannten Rechtsgrundsätze in einem neuen Staatsaufbau umsetzen soll.

\*\*\*

**Anmerkung:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Dieser erschien erstmalig in der für die Mitglieder des Deutsch-Russischen Forums erstellten Analyse „Russland intern aktuell“, Nr. 61, Mai 2014.

## Über den Autor dieses Beitrags

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



*Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider*